

Israel

Leben in zwei Welten

Israels Juden und Araber gehen sich aus dem Weg. Die arabischen Israelis werden wegen des wachsenden Rassismus nicht mehr nur als Bürger zweiter Klasse betrachtet, sondern immer offener als Feinde.

Susanne Knaul
Jerusalem

«Überlegt es euch noch einmal», ruft Fanni Danino dem jungen Paar zu. Er, Mahmud Mansur, ist israelischer Araber, sie, Morel Malka, war Jüdin, bis sie ihm zuliebe zum Islam konvertierte. Auf keinen Fall dürften die beiden heiraten, sagt Danino, eine fromme Jüdin. Man wisse doch, was aus «der armen Frau» werde, die «bald nur noch Kinder gebären und den Haushalt führen dürfe».

Danino ist Aktivistin der rechtsreligiösen Organisation Lehava, die gegen Mischehen in Israel kämpft. Sie trifft das Paar vor Gericht. Mansur und Malka, die wegen der Hochzeitspläne Drohungen per Telefon und E-Mail bekommen haben, fordern Polizeischutz für das Fest. Die Richterin ordnet einen Sicherheitsabstand von 200 Metern zum Ballsaal an. «Töchter Israels dem Volk Israels» und «Tod den Linken» steht auf den Plakaten von ein paar Hundert Extremisten, die schliesslich trotzdem kommen. «Wir wollen nichts anderes, als friedlich zusammenzuleben», kommentierte der Bräutigam.

Lehava ist nur eine von mehreren offenen rassistischen Organisationen in Israel, die den arabischen Staatsbürgern zeigen wollen, dass sie unerwünscht sind. Die Fans des Jerusalemer Fussballclubs Beitar singen fröhlich «Tod den Arabern», wenn ihr Verein gegen ein arabisches Team antritt, andere greifen zu Steinen oder leeren Bierflaschen und werfen sie auf die arabischen Fans. Zu physischen Übergriffen kommt es auch häufig nach palästinensischen Terroranschlägen oder Raketenangriffen aus Gaza. Die Radikalen rächen sich an einem willkürlich ausgesuchten Opfer, Hauptsache es ist ein Araber.

«Die Behörden unternehmen nicht genug gegen die Übergriffe», schimpft Aida Touma-Sliman, Abgeordnete der arabisch-antizionistischen Liste in der Knesset, Israels Parlament. Es gebe zwar immer wieder Verhaftungen, «aber die Angreifer werden fast immer sofort wieder freigelassen». Gerichtsverfahren seien die grosse Ausnahme. «Uns wundert das nicht», sagt die arabische Parlamentarierin, schliesslich «reicht das Gedankengut der Radikalen bis in höchste Regierungszirkele». Touma-Sliman spielt auf die Äusserung von Ministerpräsident Benjamin Netanyahu an, der am Tag der Parlamentswahlen vor «Horden von



Zu Übergriffen kommt es überall: Demonstrantin bei einer Antirassismus-Kundgebung in Tel Aviv. Foto: Amir Cohen (Reuters)

Arabern» warnte, die zu den Wahlurnen kämen. Netanyahu entschuldigte sich später für die Entgleisung.

Umfragen belegen, dass die Menschen Israel heute als rassistischer erleben als noch vor zwei Jahren. 79 Prozent der Befragten glauben, dass arabische Staatsbürger Opfer von Ressentiments sind, aber auch afrikanische Flüchtlinge und Juden mit äthiopischer Herkunft unter der Fremdenfeindlichkeit leiden. Gut zwei Drittel der Befragten sehen die sozialen Netzwerke als Hauptgrund für die Radikalisierung.

Eine via Twitter verbreitete Nachricht befeuerte jüngst die Debatte über den wachsenden Rassismus im Land. Der Abgeordnete Bezalel Smotrich, Mitglied einer Siedlerpartei, rief darin zur Trennung von arabischen und jüdischen Müttern in Entbindungsräumen und Krankenzimmern auf. «Meine Frau ist keine Rassistin», betonte Smotrich, «aber nach einer Entbindung will sie lie-

ber ihre Ruhe als ein Fest, wie es die Araber nach Geburten feiern.» Revital Smotrich, die Ehefrau, zeigte sich noch ungenierter und erzählte, sie habe einen arabischen Geburtshelfer abgewiesen. «Ich will, dass nur jüdische Hände mein Baby anfassen.»

Angst auf beiden Seiten

Obschon das Gesundheitsministerium offiziell eine Rassentrennung in den staatlichen Spitälern verbietet, gehen zahlreiche Kliniken auf Sonderwünsche der jungen Mütter ein. «Die Trennung in den Entbindungsabteilungen ist Alltag», sagt Touma-Sliman, die Mediziner zu einer Debatte in die Knesset lud. Einige Spitalchefs bestätigten, dass sie Jüdinnen und Araberinnen auf Wunsch getrennt unterbringen, wobei auch Araberinnen bisweilen darum bitten, mit muslimischen Frauen das Zimmer zu teilen.

Der Soziologe Sammy Smooha von der Universität Haifa glaubt, dass der

Trend zur Trennung beidseitig ist. Auch in der arabischen Bevölkerung nähmen religiöse Radikalisierung und Nationalismus zu. Seine Untersuchungen zeigten, dass sich beide Seiten von der anderen bedroht fühlten. Smoohas Kollege Mohammad Amara von der Beit-Berl-Hochschule bestätigt, dass Juden wie Araber zunehmend gemeinsame öffentliche Orte meiden, wobei vor allem die Araber das Gefühl hätten, nicht mehr nur als Bürger zweiter Klasse, sondern als Feinde betrachtet zu werden.

Eine Gynäkologin berichtete im Parlament über einen leitenden Arzt, der den Dienstplan mit den Worten kommentierte: «Was für ein blöder Tagesablauf - acht Geburten von arabischen Frauen.» Ein andermal hätten ihre Kollegen sie zur Aufnahme geschickt mit dem Hinweis, dass «deine Freunde eingetroffen sind». Gemeint war eine arabische Frau, die zur Entbindung kam. Diese rassistischen Äusserungen kämen

von «Ärzten, vom Verwaltungspersonal und von der Spitalführung».

«Wohin geht Fatma?» ist der Titel eines satirischen Videospiele, mit dem der Webseitendesigner Dori Adar die Rassen im Land konfrontiert. Per Pfeiltaste muss der Spieler die hochschwangeren Neuaufnahmen im Spital anhand ihres Personalausweises und ethnischer Zugehörigkeit verteilen. «Israels Israeli» geht nach rechts in ein modernes Krankenzimmer, die Araberin «Fatma Fatamchi» wird nach links in einen heruntergekommenen Untersuchungsraum geschickt. Untermalt von fröhlichem Gedudel gilt es in zweiter Stufe, jüdische Äthiopierinnen nach oben zu schicken und am Ende sudaneseische Frauen in den Keller, «bei den Mülltonnen», wie ein Text erklärt.

Protest vor Spitälern

«Ich frage mich, was einer, der aus dem rechten politischen Lager kommt, dabei denkt und fühlt», sagt Adar, der sein Spiel über Facebook veröffentlichte und binnen kurzer Zeit Schlagzeilen machte. «Manche Leute sagen, das Spiel sei schrecklich, und kapieren nicht, dass das reine Ironie ist.» Seine Absicht sei, den Spieler «dorthin zu führen, wo er sich nicht mehr wohl fühlt». In jedem Menschen stecke ein kleiner Rassist, sagt Adar, der sich selbst als «besorgten Linken» bezeichnet, aber keiner Partei angehört. «Entscheidend ist, dass man es erkennt und dagegen angeht.»

Aus Protest gegen die Trennung von Jüdinnen und Araberinnen hängten Aktivistinnen Schilder vor einem Spital auf. «Stopp die Rassentrennung in den Entbindungsstationen», lautete der Appell, der mit dem Bild zweier Babyhände versehen war, eines der Kinder mit arabischem Namen, das andere mit jüdischem. Binnen 24 Stunden liess die Stadtverwaltung die Schilder entfernen. «Anstatt dem Appell nachzugehen, versuchen sie die Kritik zu unterdrücken», hiess es in einer kritischen Stellungnahme der Ärzte für Menschenrechte.

Die Abgeordnete Touma-Sliman begrüsst den Protest. «Kleine jüdische Gruppen wachen auf und merken, dass das, was mit den Arabern anfängt, weitergeht und dann die Juden mit orientalischen Wurzeln trifft, die äthiopischen und die russischen Israelis, weltliche Juden und jeden, der von der rechten politischen Haltung abweicht.»

«Soldaten und Kanonen», Seite 15

Analyse Israel will direkt mit den Palästinensern verhandeln. Doch die brauchen Hilfe. Von Susanne Knaul

Paris gibt den Palästinensern Hoffnung

Frankreichs Regierung hat einen neuen Vorstoss unternommen, den Friedensprozess im Nahen Osten wiederzubeleben. Die beiden Konfliktparteien waren nicht eingeladen, als die Aussenminister aus fast 30 Ländern sich gestern in Paris über Rahmenbedingungen für künftige direkte Verhandlungen zwischen Israel und der PLO berieten.

Israels Regierungschef Benjamin Netanyahu erteilte Paris bereits im Vorfeld eine Absage. «Der Weg zum Frieden führt nicht über internationale Konferenzen.» Er werde sich nicht mit Fristen unter Druck setzen lassen, sagte Netanyahu und rief stattdessen Palästinenserpräsident Mahmud Abbas zu bilateralen Gesprächen wahlweise in Jerusalem oder Ramallah auf.

«Zeit ist kein neutraler Faktor», heisst es in dem dreiseitigen Dokument aus Paris, das die liberale Tageszeitung «Haaretz» zitiert. Im Gespräch ist zunächst, die Verhandlungen auf zwei Jahre zu begrenzen, denn «ein unbefristeter Ansatz» berge «permanente

Risiken einer Eskalation.» Um die Aussichten auf einen Erfolg zu steigern, setzt man in Paris auf einen Aktionsplan und internationale Arbeitsgruppen, welche die Hauptstreitpunkte in Angriff nehmen: den Grenzverlauf zwischen Israel und dem künftigen Staat Palästina, Israels Siedlungen im Westjordanland, die Frage der palästinensischen Flüchtlinge sowie den Status Jerusalems.

Iran-Abkommen als Vorbild

«Die internationale Konferenz kann den Stillstand lösen», zeigte sich der palästinensische Regierungschef Rami Hamdallah optimistisch. Bilaterale Gespräche hätten hingegen «nie etwas gebracht». Hamdallah setzt auf einen «internationalen Schutzmechanismus», um der seit fast 50 Jahren andauernden israelischen Besatzung ein Ende zu machen. Der palästinensische Regierungschef klagt über «Landkonfiszierung und Wasserraub», über die seit 10 Jahren andauernde Gaza-Blockade

und die «Inhaftierung von Kindern». Seine Zuversicht, dass die Pariser Initiative Chancen für Palästina berge, schöpfe er aus dem letzten Jahr erreichten Iran-Abkommen. «Das ist für uns ein Präzedenzfall», sagt Hamdallah, «warum soll so etwas nicht auch für uns möglich sein?»

Parallel zu den französischen Friedensanstrengungen meldete der ägyptische Präsident Abdel Fatah al-Sisi seine Unterstützung für eine friedliche Lösung zwischen Israel und den Palästinensern an und stiess damit in Jerusalem auf überraschend positive Rückmeldung. Über die Vermittler von Tony Blair, dem Chef des sogenannten Nahost-Quartetts (USA, EU, UNO und Russland), liess Netanyahu den Ägyptern ausrichten, dass er unverändert nach einer Zweistaatenlösung strebe und «mit Abstrichen» bereit sei, über die arabische Initiative aus dem Jahr 2002 zu verhandeln. Darin geht es um eine Anerkennung Israels durch die Arabische Liga im Gegenzug für einen

Abzug aus dem besetzten Westjordanland mit eventuellem Gebietsaustausch sowie eine «gerechte Lösung» für die palästinensischen Flüchtlinge.

Versöhnlicher Lieberman

Irritation löste in Kairo indes der Einzug der ultranationalen Partei Israel Beteinu in die Regierungskoalition aus und die Ernennung von Avigdor Lieberman zum Verteidigungsminister. Lieberman forderte in der Vergangenheit offen die Bombardierung des Assuanstaudamms, äusserte sich den Ägyptern gegenüber jüngst aber deutlich versöhnlicher. Sisis Angebot «war sehr wichtig und bietet eine echte Chance», sagte er. Lieberman befürwortet seit Jahren eine regionale Lösung, nicht zuletzt, weil er die palästinensische Führung für unfähig hält, einen bilateralen Vertrag umzusetzen. «Eine umfassende Einigung mit der moderaten arabischen Welt ist es, die uns eine Lösung für die Palästinenserfrage bringen wird.»

«Anreize» für den Frieden schaffen

Israelis und Palästinenser sollen mit neuen Angeboten zu direkten Friedensverhandlungen gelockt werden. Die internationale Gemeinschaft will dafür «sinnvolle Anreize» erarbeiten. Darauf einigten sich Vertreter von 29 Staaten und internationale Organisationen am Freitag auf der von Frankreich initiierten Nahostkonferenz in Paris. An dem Treffen nahmen unter anderen alle UNO-Vetomächte, die Arabische Liga, die Schweiz, Deutschland und Japan teil.

Frankreichs Aussenminister Jean-Marc Ayrault warnte vor Gefahren für die angestrebte Zweistaatenlösung. «Wir nähern uns einem Punkt ohne Wiederkehr, von wo an diese Lösung nicht mehr möglich sein wird», sagte Ayrault und verwies auf die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland. Ziel der französischen Friedensinitiative ist eine weitere Konferenz vor Jahresende, dann mit den beiden Konfliktparteien. Paris will damit auch die Gefahr neuen Terrors bannen. «Die einzigen Gewinner des Status quo wären definitiv die Extremisten aller Seiten», warnte Präsident François Hollande. (SDA)